

Servermanifest
Architektur der
Aufklärung: Data Center
als Politikmaschinen
Niklas Maak

Servermanifest

Servermanifest
Architektur der
Aufklärung: Data Center
als Politikmaschinen
Niklas Maak

Inhalt

6 Dies ist ein historischer Moment

Wir brauchen dringend neue öffentliche Räume – und wir müssen ebenso dringend die digitale Souveränität der Bevölkerung zurückerlangen. Welche Rolle könnten Data Center dabei spielen?
Francesca Bria

16 Servermanifest

Architektur der Aufklärung:
Data Center als Politikmaschinen
Niklas Maak

80 Die neuen Riesen in der Stadt

Was sind die größten Chancen und Herausforderungen des Data-Center-Booms?
Interview mit Karsten Spengler

87 Entwürfe von Studierenden

der Städelschule in Frankfurt am Main

112 Impressum

**Dies ist ein
historischer Moment
Wir brauchen dringend
neue öffentliche
Räume – und wir
müssen ebenso
dringend die digitale
Souveränität
der Bevölkerung
zurückerlangen.
Welche Rolle
könnten Data Center
dabei spielen?**

Francesca Bria

Wir befinden uns noch immer mitten in einem globalen Ausnahmezustand. Der mit der Corona-Krise verbundene beispiellose ökonomische Schock hat uns gezwungen, unseren Alltag umzustellen, neu zu denken und schnell zu handeln. Etwas anderes ist jetzt auch nicht mehr zu übersehen: Jahrzehnte wirtschaftlicher Polarisierung haben die Ungleichheiten verstärkt und zahlreiche Menschen einer großen Unsicherheit ausgesetzt. Der Lockdown richtete noch mehr wirtschaftlichen Schaden an und führte zu einer noch dramatischeren wirtschaftlichen und kulturellen Polarisierung: Viele Menschen sehen in der Wirtschaft mittlerweile ein System, zu dem sie nicht dazugehören und das auf die Begünstigung anderer ausgelegt ist.

Die Corona-Pandemie macht radikales und zukunftsorientiertes politisches Handeln dringlicher denn je. Krisen, ob Kriege oder Pandemien, befeuern bisweilen die Vorstellungskraft einer Gesellschaft. Neue Pakte müssen geschlossen und die alten Regeln gründlich umgestaltet werden. In vielen Bereichen des Alltagslebens brachte diese Pandemie auch eine Art „erzwungener“ Digitalisierung mit sich. Digitale Infrastrukturen erwiesen sich als „sogenannte“ Kritische Infrastrukturen, da von ihnen wesentliche Sektoren einer Gesellschaft wie Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung abhängen. Es wurde vieles klarer als vorher, zum Beispiel, dass der öffentliche Zugang zu kostenlosem Ultrabreitband als Grundrecht aller Bürger definiert werden muss. Die Entwicklung von Technologien wie 5G-Netzwerken, Cloud-Computing und Infrastrukturen mit Künstlicher Intelligenz (KI) wurden mit einem Mal zur nationalen, sogar globalen Priorität.

Anlass zur Sorge gibt jedoch die Entwicklung der Märkte und die jener Firmen, die sie heute in einem nie gekannten Ausmaß kontrollieren. Für Big Tech war die Pandemie ein positiver Schock. Während alle anderen den Betrieb herunterfuhren, trieben die Tech-Firmen Investitionen und Akquisitionen voran: Die maßgeblichen Digitalriesen kommen zusammen auf einen Börsenwert von – je nachdem, wie man rechnet – sechs bis acht Billionen Dollar. US-Tech-Firmen sind heute mehr wert als der gesamte europäische Aktienmarkt. Kann es für uns alle wirklich von Vorteil sein, wenn fünf Unternehmen die gesamte digitale Ökonomie kontrollieren?

Die Lage ist dramatisch: Wir müssen aufpassen, dass die Entwicklung des digitalen Kapitalismus nicht in eine nie da gewesene und unumkehrbare Wirtschaftskonzentration mündet, die unsere Demokratien im Kern herausfordert und gefährdet. Digitale Plattformen sind mächtige Institutionen, die den Arbeitsmarkt stark verändern und fast allen Regulierungsversuchen trotzen. Die Automatisierung arbeitsintensiver

Sektoren wie Fertigung, Logistik und Transport wirkt sich intensiv auf die globale Warenkette aus und führt in einem nicht gekannten Ausmaß zur Verlagerung und Zerstörung von Arbeitsplätzen. Wir müssen uns darüber bewusst sein, welche langfristigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen die digitale Transformation der Gesellschaft mit sich bringt: von der Monopolmacht bis zur Notwendigkeit einer neuen Steuer für digitale Plattformen genau wie Handelsregulierungen, Beschäftigungsverluste durch eine massiv vorangetriebene Automatisierung und schließlich all die Fragen, die im Zusammenhang mit bürgerrechtlichen Freiheiten und Demokratie stehen.

Auch der öffentliche Sektor ist zunehmend auf die Tech-Industrie angewiesen. Dennoch fragen wir selten, woher diese Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse rühren – und ob sie wirklich unumkehrbar sind. Warum darf der unermessliche ökonomische Wert, den die digitale Revolution produziert, ausschließlich von Technologiefirmen abgeschöpft werden – und nicht von gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern oder öffentlichen Institutionen? Und was können wir tun, um sicherzustellen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern etwas von diesem Wert zurückgeben, während wir sie gleichzeitig dazu befähigen, Technologie zur Teilhabe an der Politik zu nutzen, von der sie sich zu Recht ausgeschlossen fühlen, und ihnen bessere und erschwinglichere öffentliche Dienstleistungen bieten? Ganz eindeutig müssen wir die Frage nach der Technologie wieder zu einer politischen Frage machen. Die Diskussion sollte sich um die Umverteilung von Vermögen und Macht ebenso drehen wie um den Umgang mit künftigen Fürsorgeleistungen und Kritischen Infrastrukturen.

Die Digitalisierung zu „beschleunigen“ ist nicht genug. Es ist ebenso notwendig, ihr eine Richtung zu geben. Was wir aus meiner Sicht wirklich brauchen, ist ein neuer Gesellschaftsvertrag für das digitale Gemeinwesen. Wir sollten ihn „intelligenten grünen New Deal“ nennen, da er digitale Technologien nutzen will, um nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Nachhaltigkeit durchzusetzen.

Bei diesem digitalen New Deal wird es darum gehen, unsere digitale Souveränität wiederherzustellen. Digitale Souveränität bedeutet, dass wir als Gesellschaft fähig sind, Richtung und Ziele des technologischen Fortschritts vorzugeben und Technologie und Daten in den Dienst der Bevölkerung zu stellen. Sie bedeutet auch, die technologische Entwicklung so zu steuern, dass sie die dringendsten Gesellschafts- und Umweltprobleme unserer Zeit löst, angefangen beim Klimanotstand, bei der Energiewende und der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Digitale Souveränität bedeutet, dass digitale Technologien den Übergang von der heutigen Digitalökonomie des Überwachungs-kapitalismus – bei dem eine Handvoll in den USA und China sitzender Konzerne um die globale digitale Vorherrschaft kämpft – hin zu einer digitalen Zukunft ermöglichen, dass soziale Innovation die Menschen in den Mittelpunkt stellt, dass nicht die Gewinne Einzelner, sondern bessere Arbeitsverhältnisse und die Durchsetzung von Umwelt- und Bürgerrechten Ziel einer digitalen Innovationspolitik sein müssen.

Europa erkennt die wahren Bedrohungen seiner Souveränität im hypertechnologischen 21. Jahrhundert, doch ist abzusehen, dass ein als „regulatorische Supermacht“ verstandenes Europa nicht mehr ausreicht. Die Europäische Union muss mithilfe ihrer wissenschaftlichen und technologischen Innovationen eine relevante globale Wirtschaftsmacht bleiben und die Kontrolle über Konnektivität, Daten, Mikroprozessoren und 5G zurückgewinnen. Europa muss Alternativen aufbauen, sowohl zu chinesischen Fertigungsmonopolen als auch zu US-basierten digitalen Monopolen, zu Monopolen auf Zahlungsdienstleistungen sowie auf geistiges Eigentum. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir sowohl eine ambitionierte Regulierung als auch eine Strategie für eine andere Digitalindustrie. Bei diesem Kampf geht es um die Verteidigung von Innovationen, die öffentlichen Belangen dienen, um die Datensouveränität von Bürgerinnen und Bürgern, um ihre Selbstbestimmung und ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte.

Das Recht auf die (digitale) Stadt

Damit Erfolg zu haben mag unmöglich erscheinen. Und doch gibt es einen Lichtblick am Horizont: Städte. Sie können natürlich nicht all unsere digitalen Probleme lösen – viele bedürfen dringend nationaler und weltweiter Aufmerksamkeit –, doch können Städte zu Laboren für Demokratie und Nachhaltigkeit werden. Sie können intelligente, datenintensive, algorithmische Formen des öffentlichen Verkehrs sowie des Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungswesens erproben, und sie können, anders als das private Digitalkonzerne tun, die vermehrt auf Städte und ihre Infrastrukturen zugreifen, all das mit dem Ziel tun, Solidarität, soziale Kooperation und kollektive Rechte zu sichern, zu verteidigen und zu fördern.

Ich schlage ein Städtenetzwerk vor, das Strategien entwickelt, mit denen digitale Technologie und Datensouveränität wieder unter demokratische Kontrolle kommen. Städte sollten den Bürgerinnen und Bürgern durch partizipative Demokratie die Macht zurückgeben und die städtischen Daten nutzen, um unsere großen gesellschaftlichen